

SoVD-Kampagne „Wie groß ist Dein Armutsschatten“ zur Altersarmut läuft seit dem 5. Mai

Machen Sie mit bei der SoVD-Kampagne!

Endlich hat sie begonnen, wenn auch zunächst „nur“ in digitaler Form: die Kampagne zum Thema Altersarmut. Gerne wäre der SoVD NRW schon von Anfang an durch Aktionen vor Ort mit den Menschen ins Gespräch gekommen, aber noch ist dies aufgrund der Vorschriften zur Eindämmung der Pandemie nicht möglich.

„Trotz der aktuell schwierigen Lage ist genau jetzt der richtige Zeitpunkt, um auf die vielen Facetten von Armut in unserem Land hinzuweisen und Druck auf die Politik aufzubauen“, sagt Franz Schrewe, der Landesvorsitzende des Sozialverbandes SoVD NRW. „Wir haben im Herbst eine Bundestagswahl und auf bundespolitischer Ebene gibt es viele Stellschrauben, um sicherzustellen, dass Menschen nach jahrelanger Arbeit im Alter oder bei Erwerbsminderung nicht in der Grundsicherung landen“, so Schrewe weiter.

Unter dem Titel „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ informiert der SoVD NRW seit dem 5. Mai auf der Internetseite www.armutsschatten.de und in den sozialen Netzwerken über die vielen Armutsriskanten in NRW und ganz Deutschland. Verschiedene Filmbeiträge mit Beispielbiografien aus dem Leben erläutern das Problem:

- die junge Frau, die ihre Ausbildung aufgrund privater Probleme nicht beendet und sich fortan schlecht bezahlt in der Gastronomie durchschlägt,
- der KFZ-Mechaniker, der seinem Ausbildungsbetrieb 40 Jahre lang treu blieb, dann aber an Krebs erkrankt und mit Ende 50 von einer Erwerbsminderungsrente von nur 1.050 Euro netto leben muss,
- der Kaufmann mit spastischer Lähmung, der zunächst erfolgreich in einem Handwerksbetrieb arbeitet, nach dessen Schließung aber in

die Langzeitarbeitslosigkeit rutscht, schließlich die Krankenschwester, die im Beruf pausiert, sich daheim um die kleinen Kinder kümmert und nach wenigen Jahren von ihrem Mann verlassen wird und plötzlich alleinerziehend ist.

All diese Beispiele sollen zeigen, dass eine große Zahl von Menschen in die Armut rutschen kann, auch plötzlich und unerwartet und nicht unbedingt erst im Alter.

Wer mehr über seine eigenen, ganz konkreten Lage wissen möchte, findet auf der Kampagnenhomepage ein nützliches Werkzeug. Dort gibt der „SoVD-Armutsschattenrechner“ auf Basis eines Fragenkatalogs eine unverbindliche Ersteinschätzung bezüglich der Frage, welchem Armutsschatten man selbst unterliegt.

„Natürlich wissen oder ahnen viele Menschen, dass sie von Armut betroffen sind oder im Alter mit wenig Geld auskommen müssen, sofern die Politik nicht gegensteuert“, sagt Dr. Michael Spörke, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Kommunales in der SoVD-Landesgeschäftsstelle, „aber genau das ist ja unser Ansinnen, dass wir Armutsgefährdung und Armut im Alter stärker in die Öffentlichkeit bekommen, nicht nur die Betroffenen, sondern auch und gerade

die politisch Verantwortlichen für das Thema sensibilisieren. Wir fordern als Sozialverband, dass die Politik in diesem Wahlkampfjahr endlich konkret tätig wird und Maßnahmen auf den Weg bringt, um die gesetzliche Rente zu stärken und den Menschen Perspektiven zu eröffnen für einen würdevollen und damit lebensstandardsichernden Ruhestand“, so Spörke weiter.

Die Kampagne „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ richtet sich an eine breite Öffentlichkeit. Für viele Menschen fängt Armut schon in der Kindheit an. Sie werden in arme Haushalte hineingeboren, werden benachteiligt, sind von gleichberechtigter Teilhabe ausgeschlossen, bekommen weniger Chancen auf Bildung und Weiterbildung, haben damit auch schlechtere Karten im Berufsleben und müssen im Alter mit den Folgen leben.

„Weil Armut so viele Facetten hat, kein Alter kennt und so viele verschiedene Menschen betroffen sind, hoffen wir, dass wir mit dieser Kampagne auch viele junge Leute erreichen werden und sie auf die Arbeit des SoVD aufmerksam machen können. Wir laden deshalb wirklich alle ein, sich an unserer Kampagne zu beteiligen, etwa an unserer Fotoaktion oder einem der Wettbewerbe“, so Matthias Veit, Landespressesprecher des SoVD NRW.

Bands und Solokünstler hätten die Möglichkeit, sich mit

Schicksalsschläge können dazu führen, dass jemand plötzlich arm ist

Armut tritt nicht erst im Alter auf, auch junge Menschen sind betroffen



Aktionstag der Kampagne am 3. Dezember 2020 in Hannover: Die auffälligen Figuren und Plakate erregten Aufsehen.



Die Kampagne gibt es aufgrund der Pandemie im Moment nur digital. Sobald es möglich ist, soll sie auch vor Ort präsent sein.



Jede*r ist eingeladen, kreativ zu werden und ein Preisgeld zu gewinnen – musikalisch, filmisch oder mit Fotos.

eigenen Kompositionen zum Thema Armutsgefährdung kreativ einzubringen und diesem im wahrsten Sinne des Wortes „eine Stimme“ zu geben: „Und natürlich sind wir schon jetzt sehr gespannt auf die musikalischen Ergebnisse. Die besten drei Einreichungen werden mit Preisgeldern von insgesamt 10.000 Euro belohnt. Die gleiche Summe gibt es dann auch noch einmal für die drei besten Filme, die eingereicht werden.“

Machen auch Sie mit und unterstützen Sie unsere Kampagne, damit wir für die betroffenen Menschen möglichst viel

erreichen und zur Politik durchdringen!



Weitere und ausführliche Informationen zu der Kampagne, ihren Forderungen, den Armutsbioografien, den geplanten Veranstaltungen vor Ort, den Wettbewerben sowie dem „SoVD-Armutsschattenrechner“ gibt es im Internet auf der Kampagnenhomepage des SoVD NRW: <https://www.armutsschatten.de/>.



Franz Schrewe



Matthias Veit



Dr. Michael Spörke



Interview

Verteilungsgerechtigkeit ist eine Kernaufgabe

Daniel Kreutz ist Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschuss (SPA) im SoVD NRW. Er übt dieses Ehrenamt seit vielen Jahren aus und ist im SoVD auch auf Bundesebene aktiv. Im Interview mit Pressesprecher Matthias Veit beleuchtet er die Ursachen der sich ausbreitenden Armut in der deutschen Gesellschaft und die Versäumnisse der Politik in diesem Bereich.

Herr Kreutz, der SoVD NRW beteiligt sich seit dem 5. Mai an einer Kampagne mit dem Titel „Wie groß ist dein Armutsschatten?“. Wie groß ist das Problem denn in einem wohlhabenden Land wie Deutschland inzwischen?

Einkommensarmut besteht nicht erst dann, wenn ein Anspruch auf Fürsorgeleistungen einsetzt, sondern wenn 60 Prozent der mittleren, nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichteten Einkommen unterschritten werden. Nach den jüngsten Daten des Mikrozensus aus 2019 lag diese Armutsgrenze für Alleinlebende in Deutschland bei 1.074 Euro monatlich. 15,9 Prozent der Bevölkerung waren einkommensarm. In NRW sind es 17 Prozent, deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Und das war noch vor Corona.

Welche Handhabe hat die Politik denn, konkret gegenzusteuern, damit deutlich weniger Menschen lange Armutsschatten werfen? Wird es nicht immer Menschen geben, die keinen Job finden? Gehen häusliche Pflege und Kinderbetreuung nicht immer einher mit beruflichen Einschnitten und Einkommenseinbußen? Haben wir zu hohe Erwartungen an die Politik?

Also erstmal scheint mir wichtig: Wenn man die von Armut betroffenen Erwachsenen nach ihrem Erwerbsstatus betrachtet, sind Arbeitslose die zahlenmäßig kleinste Gruppe, obwohl sie mit 58 Prozent den höchsten Anteil an Armen aufweisen. Arbeitslose sind also überwiegend auch arm, aber die „typischen“ Armen sind nicht arbeitslos. Die zahlenmäßig

größte Gruppe sind Erwerbstätige – mit 33 Prozent, einem Drittel der Armutsbevölkerung –, dicht gefolgt von den Rentner*innen und Pensionär*innen mit 29,8 Prozent. Dieses Bild ist schon selbst maßgeblich Folge von Politik, nämlich von „Riester“ und „Hartz“, was zur Ausbreitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung führte und die soziale Sicherungsfunktion sowohl der Arbeitslosen wie der Rentenversicherung drastisch geschwächt hat. Auf der anderen Seite haben wir einen gigantischen Einkommens- und Vermögensreichtum, der sich insbesondere ganz oben an der Reichtumsspitze in wenigen Händen konzentriert. Auch diese Entwicklung wurde politisch gefördert, auch mittels der Steuerpolitik.

Nach unserer Überzeugung verletzen Armut und sozialer Ausschluss die Menschenwürde, und es ist eine Kernaufgabe sozialstaatlicher Politik, auf Verteilungsgerechtigkeit hinzuwirken. Der Paritätische gab seinem Armutsbericht 2020 den treffenden Titel „Gegen Armut hilft Geld“. Die Politik hätte die Instrumente, nämlich das Steuer- und Abgabenrecht, das Mindestlohnrecht, das Ordnungsrecht für den Arbeitsmarkt, das Leistungsrecht der Sozialversicherung und der Mindestsicherung. Aber diese Instrumente für Verteilungsgerechtigkeit einzusetzen, würde natürlich bedeuten, in Konflikt mit den wirtschaftlich Starken in Deutschland zu treten und den auch gewinnen zu wollen. Es mag sein, dass sowas die Politik in ihrem heutigen „marktkonformen“ Zustand überfordert. Aber wenn wir die Ziele eines leistungsfähigen Sozialstaats und sozialer Ge-

rechtigkeit nicht aufgeben wollen, führt kein Weg daran vorbei, sie zur Änderung dieses Zustands zu ermutigen.

Es heißt ja oft: Die prekäre Beschäftigung von heute ist die Altersarmut von morgen. Aber sind die Jobchancen der jungen Menschen und damit die Aussichten auf eine vernünftige Rente nicht besser denn je, Stichwort demografischer Wandel und Fachkräftemangel?

Demografischer Wandel und Fachkräftemangel wären Themen für sich, mit diesen Begriffen wird viel Schindluder getrieben. Klar dürfte doch sein, dass es nicht nur darum geht, irgendeinen Job zu finden, sondern auch und gerade darum, dass der anständig bezahlt wird, dass damit Ansprüche auf tragfähige Lohnersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter erworben werden, dass man sich nicht sorgen muss, wovon man im nächsten Jahr lebt, wenn die Befristung ausläuft. Eine Fachkraft in der Altenpflege – Beispiel des Fachkräftemangels par excellence – hat hervorragende Jobchancen, kann sich den Arbeitgeber aussuchen. Aber was nützt das, wenn die Arbeitsbelastungen nur in Teilzeit zu ertragen sind und der ohnehin geringe Lohn so nochmals geschmälert wird? Wären Löhne und Arbeitsbedingungen nur eine Marktfrage, von Angebot und Nachfrage, dann müssten Pflegekräfte doch mittlerweile in den oberen Entgeltbereichen angekommen sein. Aber das ist halt immer auch und vor allem eine Machtfrage. Und wir sehen übrigens, dass die Armutsquote auch bei Hochqualifizierten steigt, auf relativ niedrigem Niveau, klar, aber sie steigt stetig.

Immer mehr Menschen landen in der Grundsicherung im Alter, haben aber zuvor jahrelang in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt. Hat die gesetzliche Rente in unserem Land ein Glaubwürdigkeitsproblem? Und was wäre die Lösung?

Das Glaubwürdigkeitsrisiko besteht tatsächlich. Obwohl unsere solidarische Rentenversicherung grundsätzlich die beste Form der Alterssicherung ist. Aber sie wurde schwer beschädigt durch das Zurückbleiben der Renten- hinter der Lohnentwicklung, durch verbreitete Niedriglöhne und nicht zuletzt durch



Daniel Kreutz ist Vorsitzender des SPA im SoVD-Landesverband NRW und Mitglied im SPA des Bundesverbandes.

einen Mindestlohn, der auch nach erfülltem Arbeitsleben keine Rente oberhalb der Grundsicherung bringt. Und wenn die Dinge so weiterlaufen, steht am Ende auch infrage, ob man den Leuten noch Pflichtbeiträge für die Rente abverlangen darf, wenn dabei für zu viele nicht mehr rauskommt als Grundsicherung. Das macht uns in der Tat große Sorgen. Im Kern wäre die Lösung, einerseits Niedriglöhne zurückzudrängen und Minijobs zu überwinden, andererseits das Rentenniveau wieder auf mindestens 53 Prozent anzuheben. Und die Verbesserungen, die es für Neuzugänge in die Erwerbsminderungsrente gab, müssen natürlich auf die Bestandsrenten erstreckt werden.

Wir hören auch das Argument, dass es den Rentnerinnen und Rentnern in unserem Land doch insgesamt immer noch sehr gut gehe. Andererseits sind Tafeln ein Phänomen, das sich immer mehr ausgebreitet hat in den letzten Jahren – und dort sieht man in den Schlangen dann doch vor allem ältere Menschen. Auf welche Fehlentwicklungen ist das zurückzuführen und wie groß ist das Problem aus Ihrer Sicht?

Die Behauptung von den „reichen Rentnern“ hat nie gestimmt, aber sie wurde verbreitet, um den Leuten einzureden, dass die Absenkung des Rentenniveaus doch nicht schlimm sei. Seit die Armutsquote der Rentner*innen und Pensionär*innen ab 2014 die der Gesamtbevölkerung immer weiter überstieg, ist diese Behauptung kaum noch zu hören. Schließlich hat die Politik ja mit der sogenannten „Grundrente“ darauf reagieren müssen, dass zunehmende Altersarmut ein reales Problem in Deutschland ist. Die „Grundrente“ ist nun leider auch keine nachhaltige Lösung, und dies nicht nur, weil Zeiten der Arbeitslosigkeit dafür nicht

zählen. Die Lösung liegt eher auf den bereits genannten Feldern der Löhne und des Rentenniveaus.

Die bedeutendste Fehlentwicklung, die sich in den Tafeln ausdrückt, sind die langjährig zu niedrigen, willkürlich kleingerechneten Leistungen der Grundsicherungen. Bei den Rentner*innen in den Schlangen kommt zweierlei hinzu: Schon eine geringe Absenkung des Rentenniveaus drückt ziemlich viele, die zuvor den Kopf noch über Wasser hatten, unter die Wasserlinie. In NRW ist die Zahl derer, die auf Altersgrundsicherung angewiesen sind, seit 2005 um 83 Prozent gestiegen. Und oft wollen sich viele mit Kleinstrenten ohne Grundsicherung über die Runden retten. Auch wenn Grundsicherung ein Rechtsanspruch ist, empfinden sie es als demütigend und entwürdigend, sie in Anspruch zu nehmen. Und mal unter uns: Haben sie damit unrecht?

Wie groß ist aus Ihrer Sicht die Gefahr, dass gesellschaftliche Gruppen immer weiter gegeneinander ausgespielt werden und welche Prognose würden Sie da wagen?

Prognosen traue ich mir da nicht zu. Aber was wir sehen ist, dass sich die Phalanx von Arbeitgeberverbänden und ihren Experten – sind ja meist Männer – wieder zu formieren beginnt, um mit den bekannten Suggestivbehauptungen über den demografischen Wandel und die durch „zu hohe“ Beiträge vermeintlich verletzte Generationengerechtigkeit eine weitere Attacke auf die Rentenversicherung zu reiten. Auch die EU zielt übrigens in diese Richtung. Der Kampf um Sozialstaatlichkeit dürfte nach Corona in eine neue Runde gehen. Wie er ausgeht, hängt auch von uns ab, weniger vom Papier, das wir beschriften, als von der Aktivität unserer Mitglieder.

Interview: Matthias Veit



Foto: Solarisys / Adobe Stock

Auch darin zeigt sich Armut: Weil das Geld nicht reicht, wird die Wohnung nur wenig geheizt.

„SoVD-Aktivist“ Herbert Leineweber hilft ehrenamtlich als Seelsorger

Tröster in schweren Zeiten

Im SoVD ist Herbert Leineweber als Vorsitzender des Kreisverbandes Düsseldorf bekannt. Außerdem leitet er den Ortsverband Ratingen-Angerland. Er ist seit Jahren innerhalb und außerhalb des SoVD sehr aktiv – und jetzt hat er ehrenamtlich noch eine weitere wichtige Rolle übernommen: Leineweber ist ehrenamtlich als Bestattungsbeauftragter in der Ratinger Pfarrei St. Peter und Paul unterwegs.

Der 70-Jährige unterstützt in dieser Funktion die Seelsorger bei Trauergesprächen und Beisetzungen. Seit 2017 ist es nach einer Verfügung aus dem Erzbistum Köln möglich, als Pfarrer einen Antrag auf „Verstärkung“ zu stellen, sodass auch Gemeindeglieder kirchliche Begräbnisse leiten und mitgestalten können. Bevor sie dies tun können, ist aber eine einjährige Ausbildung nötig. Auch Herbert Leineweber hat diese Ausbildung durchlaufen und schöpft Kraft aus seiner neuen Rolle. Es gehe darum, den Hinterbliebenen Trost zu spenden und den verstorbenen Menschen angemessen zu würdigen. „Deshalb schätze ich die vorhergehenden Trauergespräche so sehr, denn hier erfahre ich, was für ein Mensch da von uns gegang-



Herbert Leineweber

gen ist, was der Familien- und Freundeskreis über ihn denkt, wie das Zusammenleben war.“ So sei es möglich, während des Trauergottesdienstes und am Grab die richtigen Worte zu finden, auch und vor allem Worte der Zuversicht, Worte, die Hoffnung geben.

Hinweis: Trauerfeiern müssen

aufgrund der Pandemie derzeit nach Möglichkeit im engsten Familienkreis stattfinden. Insbesondere in den Friedhofskapellen sei die Teilnehmeranzahl deutlich beschränkt, heißt es aus der Pfarrei St. Peter und Paul. Bei der Bestattung würden besondere Hygienekonzepte gelten. Die Pfarrei bemüht sich übrigens, wie viele andere Gemeinden in NRW auch, das Gemeindeleben auf anderen Wegen aufrechtzuerhalten, etwa durch ein „digitales Plaudercafé“ in Form regelmäßiger Videokonferenzen, auf denen man sich in geselliger Runde austauschen kann. Auch im SoVD finden solche Treffen am Computer und dem Smartphone derzeit immer öfter statt, ein kleiner, aber wichtiger Beitrag im Kampf gegen die Einsamkeit.

Jahrespressekonferenz des Landessozialgerichts in Essen

Situation weiterhin dramatisch

Auf der Jahrespressekonferenz des Landessozialgerichts zog Präsident Martin Löns Bilanz. Der Betrieb ließ sich trotz Corona-Einschränkungen gut aufrechterhalten. Aber er befürchtet eine Welle von Verfahren, wenn die Pandemie vorbei ist und fordert von der Politik vorausschauende Regelungen.

Trotz der erschwerten Arbeitsbedingungen im Sitzungsdienst, so Martin Löns, sei es möglich gewesen, dass sich Eingänge und Erledigungen annähernd die Waage hielten. Die Pandemie selbst werde aber eine Vielzahl an zusätzlichen Verfahren nach sich ziehen, etwa in Form von Streitfällen um das Kurzarbeitergeld und Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende, wenn unkompliziert ausgezahlte Gelder im Rahmen von Nachprüfungen dann doch noch zurückgefordert würden. Auch müsse mit einer Vielzahl von Verfahren zu Langzeitfolgen und möglichen Dauerschäden von Covid-19 gerechnet werden.

Sorgen mache ihm der große Berg an Verfahren. Die historisch hohen Bestände von mehr als 100.000 Verfahren konnten unter den Pandemiebedingungen nicht weiter abgebaut werden. Grund dafür seien Klagewellen aus den Vorjahren und „zigtausende Abrechnungsstreitigkeiten zwischen Krankenträgern und Krankenkassen“. Weil diese „sich in einem von ihnen selbst ausgehandelten Fallpauschalen-System in zehntausenden von Behandlungsfällen nicht



Martin Löns

einigen“, entstünden Kosten in dreistelliger Millionenhöhe, ärgert sich Löns und er nennt dies seit Jahren „einen Webfehler im System“. Die ganzen Gerichts- und Anwaltskosten, aber auch die Kosten für die zahlreichen Sachverständigen, die bei den Streitigkeiten beauftragt werden, würden stets die Versicherer tragen. Löns appellierte daher erneut an die Politik, eine bundesrechtliche Regelung herbeizuführen, damit derartige Abrechnungsstreitigkeiten künftig vor Schiedsstellen geklärt werden könnten. Dann könne das Geld wieder „in der gesetzlichen Krankenversicherung und damit für die Versicherer verwendet werden“, so

Löns, zumal auch sehr viel Personal durch diesen „Webfehler“ gebunden werde.

„Die Funktionstüchtigkeit der insgesamt acht Sozialgerichte in NRW liegt natürlich auch dem SoVD-Landesverband am Herzen“, erklärt Jens Eschmann, Landesgeschäftsführer des SoVD NRW. In der Mehrzahl der Fälle gelinge es zwar, die Ansprüche der Mitglieder bereits im Widerspruchsverfahren durchzusetzen. Manchmal sei der Gang vor das Sozialgericht oder ein Berufungsverfahren vor dem Landessozialgericht in Essen aber unausweichlich – und in vielen Fällen auch lohnenswert. Die Juristinnen und Juristen in den 19 Sozialberatungszentren des SoVD NRW erstritten jedes Jahr Millionenbeträge für die Mitglieder des Verbandes, so Eschmann. Dabei gehe es nicht nur um Auseinandersetzungen mit den Krankenkassen, sondern auch um Rechtsstreitigkeiten mit den Rentenversicherungsträgern, etwa weil diese in vielen Fällen einen Anspruch auf eine Erwerbsminderungsrente zunächst nicht anerkennen wollten. Besonders in diesem Bereich sei der Verband sehr erfolgreich.



Foto: Marem/Adobe Stock

Schulische Teilhabe ist das Ziel. Der Weg dahin ist noch weit.

Kritik des Bündnis für inklusive Bildung in NRW

Grundschulen: Inklusion nur mangelhaft

Das Bündnis für inklusive Bildung in NRW, an dem auch der SoVD NRW beteiligt ist, hat sich Ende April als Gast der Landespressekonferenz an die Öffentlichkeit gewandt und Landeschulministerin Yvonne Gebauer vorgeworfen, die Inklusion an den Schulen weiter auszuhöhlen.

Eltern-, Sozial- und Behindertenorganisationen fordern gemeinsam mit der LSV (Landeschüler*innenvertretung) und der Bildungsgewerkschaft GEW, den neuen Erlass zum „Gemeinsamen Lernen an der Grundschule“ zurückzuziehen. Dieser führe nicht zu einer qualitätsvollen Weiterentwicklung der Inklusion, sondern zu weiteren Schulwegen für Kinder mit Behinderung und zu schlechterer Unterrichtsqualität. Alle Schüler*innen hätten das Recht auf ein Schulangebot am Wohnort und auf qualifiziertes Lehrpersonal.

Die Kritik des Bündnisses entzündet sich vor allem an zwei Neuerungen des Erlasses: Zum einen geht es um Einschränkung des inklusiven Schulangebots für Kinder mit körperlichen, geistigen und Sinnesbehinderungen. Im Text postuliert das Ministerium den Grundsatz „Kurze Beine – kurze Wege“ für eine wohnortnahe Beschulung von Kindern mit Behinderung. Die Regelungen zielen jedoch auf das genaue Gegenteil, kritisiert das Bündnis. Wie in der Sekundarstufe sollen inklusive Schulen nun auch im Grundschulbereich nicht mehr Schüler*innen aller Förderbedarfe aufnehmen, sondern von der Schulaufsicht nur für einzelne Förderbedarfe genehmigt werden. Das Bündnis für Inklusive Bildung in NRW sieht damit den Charakter der Grundschule als einziger unbestrittener Schulform für alle Kinder in Gefahr.

Der andere kritische Punkt ist die breite Stellenbesetzung durch nicht für den Unterricht ausgebildetes Personal. Im Erlass wird weiter eine Qualitätsverbesserung in inklusiven Schulen behauptet. Tatsächlich legen die Eckpunkte für die Personalausstattung stattdessen aber eine qualitative Verschlechterung fest: Das Personal für die Inklusion in Grundschulen muss demnach nicht mehr aus Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, ja nicht einmal aus Lehrkräften bestehen, sondern kann durch „Fachkräfte anderer pädagogischer Berufsgruppen“ ersetzt werden.

Das Bündnis für Inklusive Bildung in NRW sieht darin die Gefahr, dass Kinder mit Behinderung weitgehend von nicht-lehrendem Personal „unterrichtet“ werden. Die Erarbeitung inklusiver Schulkonzepte scheitert oft an der fehlenden Personalausstattung und der fehlenden sächlichen und räumlichen Ausstattung. Die Pläne gingen zulasten der Kinder, der Eltern und der Beschäftigten.

Das Bündnis fordert von Schulministerin Gebauer, dass alle Kinder mit Behinderung die wohnortnahe Grundschule besuchen können und dort die Bedingungen vorfinden, die ihnen bestmögliche Bildung ermöglichen. Dazu müssen

- Grundschulen personell besser ausgestattet werden,
- das Unterrichten die Aufgabe von Lehrkräften bleiben,
- alle Grundschullehrer*innen nachhaltig für Inklusion fortgebildet werden,
- gewährleistet sein, dass „multiprofessionelle“ Kräfte ausschließlich für zusätzliche pädagogische Aufgaben eingesetzt werden.

Das Bündnis fordert die Landesregierung weiterhin auf, endlich die Lehrer*innenausbildung in Gänze für die individuelle Förderung und das Unterrichten in inklusiven Klassen umzugestalten.

NRW bietet älteren Internetnutzer*innen praxisorientiertes Wissen und vermittelt Digitalkompetenz

Fit im digitalen Alltag mit „Smart Surfer“

Um die Menschen der Generation 50 plus auf ihrem Weg zu digital kompetenten und souveränen Internetnutzer*innen zu unterstützen, hat das Verbraucherschutzministerium das modular aufgebaute Bildungsmaterial „Smart Surfer – Fit im digitalen Alltag“ veröffentlicht. Der sichere Umgang mit Messengerdiensten, Online-Shopping und digitalen Formularen kann damit gelernt werden.

Der Alltag vieler Verbraucher*innen findet zunehmend in der digitalen Welt statt. Unter dem Eindruck der Coronapandemie wird die Relevanz von digitalen Informations-, Kommunikations- und Serviceangeboten zusätzlich betont.

Der Zugang zur digitalen Welt ist aber noch nicht für alle Menschen gleichermaßen gegeben. Insbesondere für ältere Verbraucher*innen, die in ihrem bisherigen beruflichen und privaten Alltag nur wenig Berüh-

rungspunkte mit dem Internet gehabt haben, spielt die Befähigung zu einem sicheren und souveränen Umgang mit der digitalen Welt eine entscheidende Rolle.

Die neun Module des Lehrmaterials bearbeiten Grundlagen des Internets, aber auch ganz konkrete Themen wie Kommunikations- und Unterhaltungsmöglichkeiten im Netz sowie den wichtigen Bereich Datenschutz. Außerdem werden unterschiedliche nord-

rhein-westfälische Akteurinnen und Akteure und Projekte mit Kurzinterviews zum Ende jedes Moduls vorgestellt.

Eine Übersicht der Module mit Download-Möglichkeit des Materials ist auf der Themenseite „Verbraucherarbeit für Ältere“ unter <https://www.umwelt.nrw.de/verbraucher-schutz/verbraucher-schutz-im-alltag/verbraucherarbeit-im-alter/> zu finden.

Quelle: Ministerium für Verbraucherschutz NRW



Foto: Angelov/Adobe Stock

Damit persönliche Daten im Internet nicht in falsche Hände geraten, muss man wissen, wie man sie schützt.

Aus den Verbänden

Ortsverband Wuppertal

Der Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Wuppertal, Ulrich Vowe, hat sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt. Harald Kramer hat die Funktion kommissarisch übernommen.

Termine

Wegen der aktuellen Corona-Maßnahmen kann der SoVD NRW Veranstaltungen, zum Beispiel Mitgliederversammlungen, derzeit nicht oder nur unter Vorbehalt anbieten. Gesellige Treffen und Fahrten müssen entfallen. Bitte erkundigen Sie sich im Zweifel telefonisch, online oder per E-Mail bei Ihrem Kreis- oder Ortsverband, ob – oder unter welchen Bedingungen – dort Termine stattfinden!

Sozialberatung

Die SoVD-Geschäftsstellen und Sozialberatungszentren sind wegen der Corona-Krise leider derzeit für den Publikumsverkehr geschlossen. Doch der SoVD NRW hilft bei sozialrechtlichen Fragen gerne am Telefon oder per E-Mail weiter.

Fast 100 Mitarbeitende in den 19 lokalen Beratungsstellen in ganz NRW und in der Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf unterstützen Ratsuchende durch ihr Wissen, ihre Expertise und ihren Einsatz und verhelfen ihnen zu ihrem Recht. Die Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf ist erreichbar unter Tel.: 0211 / 38 60 30.

Alle Kontaktdaten stehen im Internet unter: www.sovd-nrw.de/beratung/beratungszentren. Es gibt auch einen Flyer mit den Geschäftsstellen. Das PDF ist über die Homepage herunterladbar.

Impressum

SoVD Nordrhein-Westfalen e. V., Erkrather Straße 343, 40231 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 38 60 30, Fax: 0211 / 38 21 75, Internet: www.sovd-nrw.de, E-Mail: info@sov-d-nrw.de.

Redaktion / Ansprechpartner Landesbeilage: Matthias Veit, Tel.: 0211 / 3 86 03 14, E-Mail: m.veil@sov-d-nrw.de.

Schlussredaktion: Redaktion SoVD-Zeitung, Tel.: 030 / 7 26 22 21 41, E-Mail: redaktion@sov-d.de.

Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG, Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel.

Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Texte und Fotos!

Der Landesverband gratuliert

Schön, dass Sie zu uns gehören! Allen Geburtstagskindern im Juni sowie allen Jubilarinnen und Jubilaren wünscht der SoVD NRW auf diesem Wege alles Gute und dankt ihnen für die Treue zum Verband. Aus Platzgründen werden nur besonders hohe Geburtstage veröffentlicht.



Foto: Smileus/AdobeStock

KV Bielefeld: Sigrid Dulge (90), Anni Pudritzke (92), Edith Drescher (94), Helga Schwabedissen (95), Heinz Schikanski (93), Helga Bohle (94), Ingrid Grube (92).

KV Bochum-Hattingen: Christel Krebs (94), Cäcilie Kaplinowski (97), Hubert Jaisfeld (90).

KV Dortmund-Lünen: Ewald Roth (90), Ilse Schulz (100), Wilhelm Nikutta (92), Senta Jürgens (96), Hans Köth (92).

KV Düsseldorf: Helmut Schmidt (93), Kurt Gerlich (97), Alice Baudisch (92), Reinhold Behnke (90), Maria Kürten (95).

KV Westliches Ruhrgebiet / Unterer Niederrhein: Waltraud Berger (90).

KV Gelsenkirchen-Bottrop: Helga Kallweit (94).

KV Gladbeck: Karl-Heinz Karowski (95).

KV Gütersloh: Karl-Heinz Schneider (95), Margarethe May (97).

KV Hamm-Unna-Münster: Karl Heinz Fabera (91), Haydee Droste (90), Frieda Rausch (90), Lore Bilau (93).

KV Herford: Ingeborg Wiegmann (90), Wilfried Wilke (94), Thea Biermann (99).

KV Köln / Leverkusen / Erftkreis / Aachen: Horst Schmidt (92).

KV Lippe: Käthe Hille (94), Josef Hengel (92).

KV Lübbecke: Wilma Schäfer (92), Erich Thode (90), Erna Haseloh (92), Martin Manes (97), Luise Brüning (96), Luise Schlottmann (95), Lilly Niedringhaus (91), Luise Südmeyer (99), Ilse Bohne (94), Gerda Lammert (93), Marga Klasing (97), Hilde Detering (91), Ruth Müller (90), Erika Dreckmeier (92), Lydia Kreft (90), Erna Schlechte (93), Alwine Kalkhake (93), Anni Helms (92), Erna Estermann (93).

KV Märkischer Kreis: Waltraud Nüsken (90), Jutta Rohrmann (94), Friedhelm Streckebein (90), Hildegard Barteska (94).

KV Minden: Rikchen Karweg

(90), Christa Grzik (92), Ilse Acker (97), Marie Liese Schulze (92), Gisela Bandt (91), Emma Tiemann (95).

KV Recklinghausen / Borken / Bocholt: Josef May (98), Harald Matzek (91), Alois Iding (90).

KV Remscheid/Wuppertal: Klara Woitelle (95), Ilse Busch (99).

KV Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg: Gerhard Grigo (92), Ingeborg Franek (91), Ruth Fischer (101).

KV Westfalen-Ost: Erna Habla (92).

KV Witten: Edmund Lica (95), Gerhard Zens (90), Henriette Hett (95), Heinz Ehle (99), Hannelore Haldimann (91).

Hohe Verbandsjubiläen

40 Jahre: Ingrid Bloh, Elfriede Bombel, Gerd Greding (Essen), Bärbel Pervölz (Hamm-Unna), Günter Spohn (Herford), Renate Wolfrum (Iserlohn-Hagen), Georg Dau, Hildegard Lorscheider, Uwe Schmidt (Lübbecke), Hedwig Neumann (Märkischer Kreis), Hubert Vaeßen (Viersen), Henriette Hett (Witten).

45 Jahre: Jürgen Krause (Essen), Elfriede Brinkmeier, Hedwig Wlecke (Lübbecke), Kurt Filbrandt (Minden), Ingrid Reider (Rhein-Sieg / Bonn / Oberberg).

50 Jahre: Werner Buchhaupt (Gelsenkirchen-Bottrop).

55 Jahre: Franz Krol (Recklinghausen).

60 Jahre: Friedrich Wilhelm Roschewski (Witten).

65 Jahre: Elfriede Otto (Bochum-Hattingen).